

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/173m

9. September 1976

Die Jugend kann aufatmen

-----  
Gesetz zur Ausbildungsplatzförderung endlich in Kraft  
Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Im Dienste der Entspannung!

-----  
Deutschland-, Berlin- und Ostpolitik mitten im  
öffentlichen Interesse  
Seite 3 / 36 Zeilen

Ein Staatsmann von historischem Rang

-----  
Zum Tode des chinesischen Parteivorsitzenden  
Mao Tse-tung

Von Kurt Mattick MdB  
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses  
des Bundestages

Seite 4 / 19 Zeilen

Zähes Ringen um die Schätze des Meeres

-----  
Die UN-Seerechtskonferenz steht jetzt unter  
Erfolgszwang

Seite 5 bis 7 / 112 Zeilen

Bundeswehrverband als Wahlhelfer der Union

-----  
Grober Mißbrauch der Interessenvertretung der  
Soldaten

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 8 und 9 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 008  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 00 37 - 53  
Telex: 02 65 046-46 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Jugend kann aufatmen  
-----

Gesetz zur Ausbildungsplatzförderung endlich in Kraft

Die Standfestigkeit, mit der die sozial-liberale Koalition und vor allem ihr Bildungsminister Helmut Rohde an der Aufwertung der beruflichen Bildung festhalten, beginnt sich auszuzahlen. Mit dem Inkrafttreten des Ausbildungsplatz-Förderungs-gesetzes sind die Voraussetzungen dafür gegeben, daß das Ausbildungsplatzangebot für die kommenden geburtenstarken Schulabgängerjahrgänge sicherer gemacht und die von der Bundesregierung eingeleitete Kurskorrektur zugunsten der beruflichen Bildung zielstrebig weiterverfolgt werden kann.

Mit anderen Worten: Es besteht kein Anlaß, die Hände selbstzufrieden in den Schoß zu legen. Vielmehr kommt es jetzt entscheidend darauf an, die Möglichkeiten des neuen Gesetzes im Interesse der Jugendlichen voll auszuschöpfen. Alle an der beruflichen Bildung Beteiligten sind aufgerufen, konstruktiv zusammenzuarbeiten und diesem wichtigen Bereich unseres Bildungswesens eine Qualität zu geben, die ihm im Sinne einer wirklichen Alternative gleichwertig zu anderen Bildungsgängen macht.

Die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung ist eine Seite der sozialdemokratischen Bildungsoffensive. Wer es mit der Politik einer weiteren Öffnung unseres Bildungssystems und der Chancengleichheit für die Jugendlichen ernst meint, der muß auch an den Abbau des Numerus clausus mit seinen pädagogische Substanz auszehrenden Wirkungen herangehen. Deswegen drängen die sozialdemokratischen Kultusminister der Länder und Bundesminister Helmut Rohde darauf, daß bis zum Sommersemester nächsten Jahres in einem ersten Schritt 25 der bisher 41 Numerus clausus-Fächer bundesweit aus dem zentralen Zulassungsverfahren herausgenommen werden.

Eine der zentralen politischen Aufgaben der nächsten Jahre wird es sein, den geburtenstarken Jahrgängen ausreichende und qualifizierte

Bildungsangebote zu machen. Das ist nicht nur aus menschlichen Gründen notwendig. Niemand darf nur darum schlechtere Bildungsangebote haben, weil er zu einem geburtenstarken Jahrgang gehört. Das ist auch aus sozialen und sozialpolitischen Gründen notwendig, weil nämlich die auf zehn Jahre begrenzten geburtenstarken Jahrgänge diejenigen sind, die am Ende dieses und am Anfang des nächsten Jahrhunderts durch ihre Beiträge zur Sozialversicherung die Sozialleistungen finanzieren werden. Das ist ebenso aus wirtschaftspolitischen Gründen notwendig, weil angesichts der wachsenden Qualifikationsanforderungen im Bereich der Produktion und angesichts der Notwendigkeit, sich im Welthandel zu behaupten, Vollbeschäftigung auf Dauer nur mit gut Ausgebildeten zu erreichen ist.

Die bildungspolitischen Aufgaben, vor die sich die Sozialdemokraten gestellt sehen, lauten: Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes und Aufwertung der beruflichen Bildung sowie Abbau des Numerus clause und Studienreform, um den Übergang vom Bildungssystem in Arbeit und Beruf zu erleichtern.

In diesem Jahr sind drei Bildungsgesetze des Bundes wirksam geworden: Das Hochschulrahmengesetz, das Fernunterrichtsschutzgesetz und das Ausbildungsplatzförderungs-gesetz. Wer die Schwierigkeiten im föderalistischen Bildungssystem kennt, der weiß, welche Anstrengungen Helmut Rohde machen mußte, um mit diesen Gesetzen Fortschritt und gesamtstaatliche Verantwortung im Bildungswesen durchzusetzen.

(-/9.9.1976/va/pr)

+ + +

Im Dienste der Entspannung

Deutschland-, Berlin- und Ostpolitik mitten im öffentlichen Interesse

Die auf Entspannung drängende Deutschland-, Berlin- und Ostpolitik ist wieder in Hauptschlagzeilen und Spitzankomentaren sichtbar geworden. Der Honecker-Besuch bei den westdeutschen Ausstellern der Leipziger Messe und seine Erklärungen, das sehr konkretisierende Interview des Bonner Sowjetbotschafters Valentin Falin, die Deutschland-Studie aus dem Bundeskanzleramt und das auf Willy Brandts Initiative zustandegekommene Gespräch mit dem Leiter der Ständigen DDR-Vertretung, Dr. Michael Kohl, rücken das Gesamtproblem wieder in einen Mittelpunkt des breitesten öffentlichen Interesses. Die weiteren Parteienäußerungen und die Wahlversammlungen auch dieses Wochenendes und der nächsten Zeit werden diese Feststellung bestätigen.

Man wird auch beobachten können, daß man auf beiden Seiten mit realistischen Möglichkeiten und in nüchterner Einschätzung der wirklichen Situation darum bemüht ist, daß das jüngste Tal in den deutsch-deutschen Beziehungen mit behutsamen Schritten verlassen werden kann. Der Initiative des SPD-Vorsitzenden kommt dabei erhebliche Bedeutung zu, denn Willy Brandt hat gerade in diesen Fragen ein großes Einflußgewicht einzusetzen. Seine Ankündigung, daß er sich von nun an in voller Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler mehr noch als bisher um die Deutschland- und Berlin-politischen Fragen, die in der Ostpolitik eingeschlossen sind und insgesamt der Entspannung dienen, kümmern werde, läßt erwarten, daß einiges in Bewegung kommt.

Die in dem einen oder anderen Punkte etwas laute Expertenstudie kam, so gesehen, zur rechten Zeit. Sie deutet mit der nötigerweise robusten Eindringlichkeit auf die Gefahrenprobleme, die sich angesichts der kräftig nach rechts drückenden Kräfteverlagerung in der CDU/CSU insbesondere in der Deutschland- und Berlin-Politik für den Fall ergeben müssen, daß die Unions-Parteien am 3. Oktober einen Wahlerfolg erzielen sollten. Dann würde auch und gerade dieses existenziell wichtige Gebiet in den Einfluß des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und seiner Crew in der CDU geraten, wobei die Folgen unübersahbar sein müßten. Das allgemein erkennbar zu machen, ist, auf harte Fakten gestützt, das eigentliche und verdienstvolle Anliegen der Studie. Die maßlose Erregung, die sich in der Strauß-Equipe der CDU breit macht, zeigt, daß hier mitten ins Schwarze getroffen worden ist. Die Wählerinnen und Wähler werden das am 3. Oktober zu beachten wissen.  
(e/9.9.1976/bgj/ee)

+ + +

Ein Staatsmann von historischem Rang

Zum Tode des chinesischen Parteivorsitzenden Mao Tse-tung

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Der chinesische Parteivorsitzende Mao Tse-tung war einer der bedeutendsten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts. Seine historische Leistung war die Wiederherstellung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit des chinesischen Volkes sowie seine Befreiung von bedrückender ökonomischer Not, wenn auch diese Leistung nur mit den Methoden der stalinistischen Diktatur erreicht werden konnte.

Unter seiner Regierung vollzog sich in China eine Entwicklung, die das Land zur dritten Weltmacht emporsteigen ließ. Seine Außenpolitik war ungeachtet verbaler Schärfe in der Praxis letztlich nur auf die Konsolidierung des chinesischen Staates gerichtet.

Es ist nun die entscheidende Frage, wie sich die künftige chinesische Innenpolitik entwickeln wird. Auch außenpolitisch setzt der Tod Maos Fragezeichen, z.B. für das chinesisch-sowjetische und das chinesisch-amerikanische Verhältnis, aber auch in der Einstellung Chinas gegenüber Europa und Deutschland.

Wir stehen jetzt vermutlich vor einer längeren Übergangsphase, in der sich die neue chinesische Führung stabilisieren muß. Ob danach bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China gegeben sein werden, ist ebenfalls noch eine offene Frage. (~/9.9.1976/va/pr)

+ + +

### Zähes Ringen um die Schätze des Meeres

Die UN-Seerechtskonferenz steht jetzt unter Erfolgszwang

Die 5. Session der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen hat bisher alle an ihre Verhandlungen geknüpften Hoffnungen enttäuscht. Unter Fachleuten hatte man zwar für dieses Jahr noch keinen Durchbruch erwartet, war aber doch davon ausgegangen, daß der revidierte Verhandlungstext (RFNT) der 4. Sitzungsperiode im Frühjahr 1976 sowohl in der Feinabstimmung seiner etwa 400 Artikel als auch in der Zuordnung und Gewichtung seiner einzelnen Abschnitte wesentliche Verbesserungen erfahren werde. Davon kann nicht mehr die Rede sein.

Die Konferenz ist im Gegenteil partiell hinter die Ergebnisse des RFNT zurückgefallen und rollt abermals Grundsatzfragen auf, die schon als beantwortet gegolten haben. Gerade in ihrem ersten Ausschuß, der eine der Schlüsselfragen der Seerechtsproblematik, die Nutzung des Tiefseebodens und seiner unermesslichen Schätze an seltenen Mineralien behandelt, kommen die Beratungen nur mühselig und sprunghaft voran. Immer wieder eintretende Rückschritte und Verhärtungen haben Botschafter Karl-Hermann Knoke, Leiter des Arbeitstables der Seerechtskonferenz im Auswärtigen Amt, jüngst bewegt, treffend das Beispiel der Echterbacher Springprozession zur Charakterisierung der Verhandlungen zu bemühen.

Dennoch ist Pessimismus nicht angebracht. Eine solche Mammutkonferenz, auf der 147 Staaten so unterschiedliche Fragen wie Ausdehnung des Küstenmeeres, Einrichtung von Wirtschaftszonen, Festlandssockelexpansion, Schifffahrtsfreiheit, Meeresforschung, Fischerei, Tiefseebodennutzung und internationale Streikschlichtung beraten, kann nicht im Sturmschritt zu Ergebnissen gelangen. Dazu sind die Interessen der Staaten, Staatengruppen, Regionalgruppen und der Interessengruppen für die Einzelprobleme zu unterschiedlich und haben sich oft erst während der laufenden Verhandlungen konkretisiert und ausgeformt.

Eines ist gewiß: Das überkommene Meeresvölkerrecht, noch aus dem Zeitalter der Entdeckungen und des Kolonialismus stammend, bedarf dringend einer weltweit verbindlichen und einvernehmlichen Neuregelung. Nach der Ära der

Dekolonisation hat eine Hundertschaft junger Nationen die Weltbühne betreten und fordert immer energischer, alte Rechte, in denen sie Vorrechte erblickt, abzulösen und an den Reichtümern der Erde - und auch der Meere - teilzuhaben. Diese Nationen haben unterdessen Kenntnisse von der Fülle - und Endlichkeit - der Ressourcen des Meeres und des Meeresbodens, sie wissen aber auch, daß sie auf Jahre und Jahrzehnte hinaus nicht in der Lage sein werden, sie wirtschaftlich zu nutzen. Denn das breite Spektrum an marinen Technologien, die in immer tiefere und entlegene Meeresräume vorstoßen und deren Schätze dem Rohstoffhunger der Welt verfügbar machen können, steht allein den Industrienationen - und nur wenigen unter ihnen, zu denen die Bundesrepublik Deutschland gleich nach den USA zählt - zur Verfügung.

Schon heute belaufen sich die Erträge aus den weltweiten Meeresnutzungen - durch Schifffahrt, Fischfang, küstennahe Öl- und Gasgewinnung - auf über 250 Milliarden DM pro Jahr. In den kommenden Jahrzehnten wird sich diese Summe vervielfachen, wenn Staaten und Unternehmen in bisher nicht ausbeutbare Bereiche der Meere vordringen und den Tiefseebodenbergbau aufnehmen. Vor diesem Hintergrund ist die bisherige Seerechtsentwicklung seit Ende der 60er Jahre zu sehen. Die Dritte Welt entwickelte das Konzept der Wirtschaftzone (mit dem sie erst einmal Ansprüche auf Ressourcenhöhe vor ihren Küsten erheben wollte) und verknüpfte eine Nutzungsregelung für den Tiefseeboden mit dem Slogan vom "gemeinsamen Erbe der Menschheit", dessen Ausbeutung durch eine internationale Behörde überwacht und geregelt werden sollte. Diese Behörde und ihre Rechte sind der eigentliche Kern der Verhandlungen. Ist vom moralischen Anspruch auf das "Erbe der Menschheit" nicht viel übriggeblieben, so ist doch der Streit der Eben sehr real.

Die Entwicklungsländer, vertreten durch die "Gruppe der 77", die inzwischen zumindest in der Tiefseebodenfrage 110 Nationen zählt und rein rechnerisch über eine Zweidrittelmehrheit auf der Konferenz verfügt, hätte am liebsten ein Ausbeutungsmonopol der Behörde bei obligatorischem Technologie- und Kapitaltransfer der Industriestaaten (möglichst zum Nulltarif) durchgesetzt. Diese (Sowjets und USA Schulter an Schulter, hinter ihnen alle potenten Industrienationen) weisen solche Maximalforderungen entschieden als unrealistisch zurück und argumentieren ihrerseits, daß man sie schlechterdings nicht nötigen könne, ihre marinen Technologien, Spezialisten und Ka-

pital einzubringen, während die Entwicklungsländer ohne eigenes Zutun den Hauptgewinn für sich in Anspruch nehmen wollen.

Die Maximalforderung der "Gruppe der 77" hat im Übrigen erkennbar auch den Zweck, die abbröckelnde Front ihrer sehr unterschiedlichen Mitglieder, die in fast allen übrigen Konferenzmaterialien zerstritten sind, zusammenzuhalten. Eine Kompromißregelung gibt es nicht. US-Außenminister Henry Kissinger, der die Konferenz mit seinem Besuch beehrte, hat möglicherweise die Richtung gewiesen, indem er, über bisherige Willensbekundungen der Industriestaaten hinausgreifend, substantielle Vorschläge zur Finanzierung einer Meeresbodenbehörde vortrug. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Köder verfängt. Er ist natürlich verbunden mit der Forderung auf das altbekannte Parallelsystem: Tiefseebodennutzung durch Behörde und - gleichberechtigt - Staaten und Unternehmen. Unausgesprochen schließt er zudem ein, daß eine Meeresbodenbergbaubehörde in ihren Organen nicht durch die Entwicklungsländer dominiert werden dürfe. Die Minderheit (d.h. die Industriestaaten) dürften also keineswegs überstimmt werden können.

In Konferenzkreisen betrachtet man die Kompromißbemühungen Kissingers mit gemischten Gefühlen. Wegen des anlaufenden Präsidentschaftswahlkampfes gilt er als "lame duck" (lahme Ente), und jedermann kann sich im Fernsehen davon überzeugen, daß der demokratische Präsidentschaftskandidat James Carter ihn nach erfolgter Wahl als ersten Minister "feuern" möchte. Andererseits kann sich jeder, der es will, von dem unausgesetzten und nachhaltigen Druck überzeugen, den die mächtige Tiefseelobby ausübt, um ihren technologischen Vorsprung und ihren immensen Kapitaleinsatz endlich zu versilbern, wenn nicht zu vergolden. Dem Kongreß liegen mehrere von dieser Lobby initiierte Gesetzentwürfe vor, die es US-Gesellschaften ermöglichen sollen, Felder auf dem Tiefseeboden mit Unterstützung der US-Regierung (und notfalls der Navy) auszubeuten, falls eine Nutzungsregelung durch die Seerechtskonferenz weiter auf sich warten lassen sollte.

Ein solches Vorgehen der USA (andere würden folgen und auch die Bundesrepublik Deutschland müßte sich entscheiden, ob sie ihre Meeresbodeninteressen gegebenenfalls im Huckepackverfahren in einem seit Jahren bestehenden US-kanadisch-japanisch-deutschen Konsortium geltend machen wolle) würde das Scheitern der Seerechtskonferenz nach sich ziehen - und die Dritte Welt weiß dies nur zu genau. Sie wird ihre diesjährigen Konferenzzerfolge nicht aufs Spiel setzen wollen. Ihr getreuer Anwalt, der Konferenzpräsident Amara Singhe aus Sri Lanka ist nach fast dreiwöchiger Abwesenheit von der Konferenz der Blockfreien nach New York zurückgekehrt. Im Hinblick auf seine Präsidentschaft der 31. UN-Generalversammlung wird dieser ehrgeizige Mann alles versuchen, um aus der bisher fruchtlosen und frustrierenden Sitzungsperiode etwas Positives herauszuholen.

Man rechnet in New York damit, daß Präsident Singhe den Delegierten der Seerechtskonferenz - gleichviel, wie weit die Verhandlungen gediehen sein werden, einen Text vorlegen läßt, der das enthält, was er (in Kenntnis der Positionen von Dritter Welt und Industrienationen) für eine gesicherte und schließlich einvernehmliche Grundlage für eine Gesamtkonvention hält.

Siegfried Peters  
(-/9.9.1976/vo/pr)

+ + +



Bundeswehrverband als Wahlhelfer der Union

Grober Mißbrauch der Interessenvertretung der Soldaten

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

In jüngster Vergangenheit ist der Deutsche Bundeswehrverband durch Verlautberungen von zwei seiner führenden Funktionäre in den Ruf als Wahlhelfer der Unions-Parteien gekommen:

- Durch die unerwartete Schützenhilfe, die der sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU und deren Schattenverteidigungsminister, Dr. Manfred Wörner, bei seiner sachlich nicht vertretbaren Kritik an Bundesverteidigungsminister Georg Leber vom Bundesvorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Oberst Heinz Volland, erhalten hat. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß in der Verbandszeitschrift "Die Bundeswehr", Nr. 9 vom September 1976, S. 425, CDU-MdB Wörner in Majorsuniform im Gespräch mit dem Verbandsvorsitzenden abgebildet ist. Aus dem Text geht hervor, daß es sich hier um ein Gespräch handelte, das Wörner in seiner Eigenschaft als verteidigungspolitischer Sprecher der CDU geführt hat.

- Durch die Postaktion des Vorsitzenden der Truppenkameradschaft im Deutschen Bundeswehrverband beim Verteidigungsbezirkskommando 52, Karlsruhe, Walter Gerdau. Dieser hatte sich am 14. Juni 1976 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Truppenkameradschaft und als Vorsitzender des sicherheitspolitischen Ausschusses des CDU-Kreisverbandes Karlsruhe "An die Herren Vorsitzenden der Truppenkameradschaft des Bezirks Nordbaden" gewandt. Gerdaus Schreiben enthielt die Bitte, beigelegte aktuelle sicherheitspolitische Informationen an politisch interessierte Kameraden zu verteilen.

Bei diesen "Aktuellen sicherheitspolitischen Informationen" handelt es sich um Nachdrucke von Artikeln der CDU-Abg. Dr. Wörner, Mandlos, Dr. Dregger, Dr. Marx im offiziellen CDU/CSU-Pressedienst sowie um ein vom Landesverband Nordbaden der CDU herausgegebenes Papier, in dem u.a. zu lesen steht:  
"Wußten Sie schon - ... daß manche hohe Politiker und intellektuelle Kreise

in der Bundesrepublik DKP-Angehörigen 'moralische Schützenhilfe' in einer Weise zukommen lassen, daß es nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint, wenn Bataillone wegen Masseneingaben, Bombendrohungen und anderer gezielter Agitationen nur noch sehr bedingt einsatzbereit sein werden - wie es im nordbadischen Raum bereits vorgekommen sein soll... Selbstverständlich werden Zusammenhänge solcher Art in der Regel von den Betroffenen mit Entrüstung zurückgewiesen. Doch wie man in den Wald hineinruft... daß das Rechtsanwaltsbüro des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann (Sozius ist der nordrhein-westfälische Justizminister Posser) in Essen sich rechtsanwaltlich für kommunistische Türken in der Bundesrepublik einsetzt? Heinemann wirkte seinerzeit bekanntlich auch bei der Zulassung der DKP entscheidend mit."

Diese Verleumdungen kennzeichnen den Wahlkampfstil der Unions-Parteien. Wenn auch von ihnen seit der Sonthofen-Rede des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß nichts anderes erwartet werden konnte, so ist die Verbreitung solcher Diffamierungen und einseitig parteipolitischer Stellungnahmen durch einen führenden Funktionär des Bundeswehrverbandes zumal unter Nutzung des dem Verband offenstehenden militärischen Postverteilungssystems politisch gesehen schlichtweg eine Unverschämtheit und eine Zumutung für alle Verbandsmitglieder, die nicht den Oppositionsparteien angehören.

Der Erlaß des Bundesministers der Verteidigung vom 24. April 1976 "Soldat und Wahl" regelt das dienstliche Verhalten gegenüber politischem Werbematerial, das Einheiten oder Dienststellen der Bundeswehr mit der Bitte um Verbreitung zugeht. Es ist unter Benschrichtung des Absenders drei Wochen zur Abholung bereitzuhalten und danach zu vernichten. Was für Einheiten und Dienststellen der Bundeswehr bindend ist, sollte für den Bundeswehrverband, der als Interessenvertreter der Soldaten satzungsgemäß zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet ist, eine Selbstverständlichkeit sein.

Dem Verhalten, mit dem Funktionäre versuchen, den Bundeswehrverband in die Wahlkampfmaschine der Oppositionsparteien einzugliedern, muß entschieden entgegengetreten werden. Ein solches Verhalten kann politisch nicht hingenommen werden.  
(-/9.9.1976/kr/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller